

Kapferer, Clodwig

Article — Digitized Version

1952, das Jahr der Investitionen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kapferer, Clodwig (1952) : 1952, das Jahr der Investitionen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 1, pp. 3-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131442>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

1952

Das Jahr der Investitionen

Über lange Zeitabschnitte hin folgt das Wirtschaftsleben kausalen Notwendigkeiten. Innerhalb kurzer Zeitspannen — um solche handelt es sich, wenn von der Periode eines Jahres die Rede ist — können Politik und das herrschende wirtschaftspolitische System die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten überschatten und ihre Wirksamkeit abschwächen oder vorübergehend unterbrechen. Das Normale und Anomale zu unterscheiden, ihre heterogenen Wirksamkeiten gegeneinander abzuwägen und auf die Zukunft zu prognostizieren, ist eine Aufgabe, die sich die Wirtschaftsforschung zu Anfang eines neuen Jahres stellen muß.

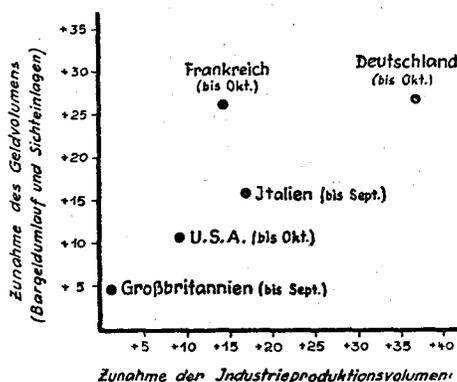
Finanzielle Auslandshilfen in nationalpolitischer Bedeutung

Der Einfluß politischer Ereignisse auf die Weltwirtschaft und damit auch auf die Wirtschaft der Bundesrepublik wurde besonders stark empfunden, als sich durch den Koreakonflikt auf dem bereits vorher angebahnten und langfristig vorausgesagten weltwirtschaftlichen Aufschwung in Gestalt einer Übersteigerung der Nachfrage eine zweite Konjunkturwelle aufpropfte, die das Gleichgewicht gegenüber dem Angebot zu beseitigen drohte. Die Anstrengungen der USA., sich und die westeuropäischen Staaten in einen verteidigungsbereiten Zustand zu versetzen, veranlaßten Westeuropa, es seinerseits an einer kraftvollen Anstrengung in gleicher Richtung nicht länger fehlen zu lassen. Damit wurde die bestehende Kriegsgefahr fürs erste gebannt. Geblieben ist dagegen ein Zustand des kalten Krieges, unter dessen Einwirkung die allseits beschlossene Aufrüstung ihren Fortgang nehmen und dementsprechend ihre nachhaltige Wirkung auf das Wirtschaftsleben aller Beteiligten ausüben wird.

Mit dieser internationalen Zusammenarbeit in engem Zusammenhang steht die Problematik der ausländischen Finanzbeihilfen, die seit einem Jahrzehnt in der Gestalt von Pacht- und Leih-, Marshallplan- und Rüstungsbeihilfen im internationalen Leben eine bedeutsame Rolle spielen. Man darf heute wohl sagen, daß die Bundesrepublik die Marshallplanmittel besser als manche anderen von der amerikanischen Politik weitaus großzügiger bedachten Länder genutzt hat. Aber wir dürfen wohl auch sagen, daß wir zur Erzielung einer größtmöglichen Effizienz es unsererseits an einer entsprechend aktiven Mitwirkung nicht haben fehlen lassen, indem wir unsere Produktionsanlagen durch Eigenfinanzierung der Wirtschaft, die durch Konsumverzicht breiter Bevölkerungsschichten ermöglicht wurde, wieder aufgebaut haben und daß wir die unzulängliche Versorgung unserer Geld- und Kapitalmärkte durch Beschleunigung der Umlaufgeschwin-

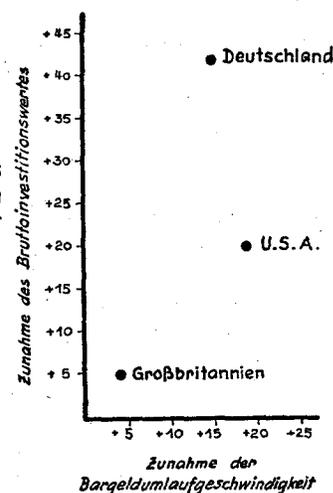
digkeiten des Bar- und Giralgeldes uns wettzumachen bemühten. Dazu waren wir schon aus dem Grunde genötigt, weil unser Geldvolumen mit der Zunahme der Industrieproduktion nicht Schritt hielt. Die folgenden Schaubilder zeigen die Positionen, die die Bundesrepublik im Verhältnis zu anderen Industriestaaten der westlichen Welt in dieser Beziehung einnimmt.

Vergleich der Zunahme des Geldvolumens und des Industrieproduktionsvolumens
 seit Juni 1950 in %



Man wird sich aber die Frage stellen müssen, inwieweit eine Wirtschaftspolitik ihre Dispositionen auf lange Sicht unbedenklich auf ausländische Unterstützungshilfen aufbauen kann. Die nach politischen Ge-

Zunahme des Bruttowertes der Anlageinvestitionen im Vergleich zur Zunahme der Bargeldumlaufgeschwindigkeit
 2. Vj. 1950 bis 3. Vj. 1951



sichtspunkten gesteuerten Finanzhilfen des Auslandes — um solche handelt es sich bei der amerikanischen Kapitalausfuhr — tragen einen hohen Grad der Unsicherheit hinsichtlich ihrer Beständigkeit, und ihre Verwendungsbestimmungen können mit den politischen Zielen der empfangenden Länder eines Tages

nicht mehr übereinstimmen. Diese Einsicht soll uns nicht dazu verleiten, die große Bedeutung, die die amerikanische Hilfe für unseren Wiederaufbau gehabt hat, etwa zu unterschätzen und ihr nicht den Dank zu zollen, der ihr zukommt; denn sie hat uns den wirtschaftlichen Erfolg erst ermöglicht. Wir brauchen auch in keiner Weise gegen ihre nunmehr auf den Rüstungssektor und später vielleicht auf das Punkt-4-Programm zur Erschließung der unterentwickelten Gebiete umgestellte Fortsetzung voreingenommen zu sein. Wir können diese Einstellung um so unbedenklicher einnehmen, als die alliierte Politik der Einschränkung unserer Produktion unsere Wirtschaftskräfte weiterhin in Schach hält: durch Demontagen und Entflechtungen, durch die Vorenthaltung von Investitionsmitteln aus dem Counterpart-Fund, durch Auflösung des zentralen Kohlenverkaufs und das Verbot wichtiger Remontagen, durch die für uns ungünstige Startposition in der Montan-Union, die Verhinderung der freien Marktpreise für den Export von Ruhrkohle und das Fortbestehen von Produktionsbegrenzungen auf dem Gebiet der Chemie, der Elektrotechnik, des Werkzeugmaschinen- und Schiffbaues, der zivilen Luftfahrt und der technisch-wissenschaftlichen Forschung. Aber die grundsätzlichen Bedenken, die gegenüber politischen Finanzierungsmitteln von außen bestehen bleiben, sollten Veranlassung geben, uns um die endgültige Beseitigung der Gefahren zu kümmern, die sich aus den Dollarlücken der europäischen Wirtschaft ergeben. Hierzu gehört vor allem eine positive Einstellung gegenüber der Bildung eines größeren europäischen Wirtschaftsgebietes.

Investition im Wettbewerb mit dem privaten Verbrauch

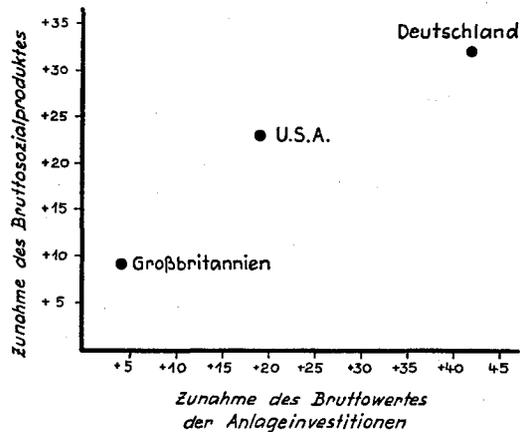
Der Koreakrieg hatte zunächst die Nachfrage nach Verbrauchsgütern spekulativ übersteigert. Diese Nachfrage hat die Konsumgüterproduktion über das Konsumenteneinkommen anwachsen lassen, so daß die hierdurch eingetretene Nachfrageerschöpfung alsbald einen Konjunkturrückgang herbeiführen mußte, der eine Verringerung der Konsumgüterproduktion nach sich zog. Damit war für eine erhöhte Investitionsgüterproduktion der Boden bereitet. Die Investitionsquote liegt in jeder Volkswirtschaft mit der Konsumquote im Wettbewerb, wobei die Aufwendungen für den privaten Verbrauch eine konstantere Größe als die Investitionsrate darstellen.

Die Höhe des Sozialprodukts, worunter die Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche einer Volkswirtschaft zu verstehen ist, bestimmt den Umfang, in dem der private Verbrauch auf der einen und die notwendigen Investitionen auf der anderen Seite stattfinden können. Diese Betrachtung der Dinge wirft folgende Fragen auf:

1. Wie wird sich das Sozialprodukt künftig entwickeln?
2. Wie wird sich der Anteil des privaten Verbrauchs am Sozialprodukt gestalten?
3. Wie umfangreich werden die Mittel sein, die für Investitionen zur Verfügung stehen?

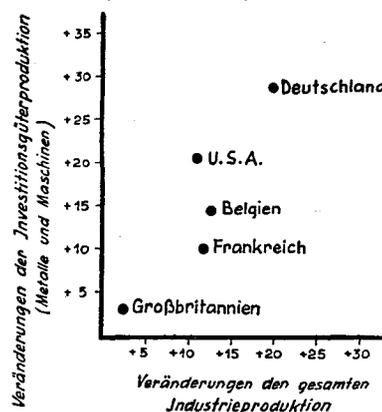
Andere Möglichkeiten der Investitionsfinanzierung außer durch die Investitionsquote des Sozialprodukts gibt es praktisch nicht, wenn man von der Möglichkeit des Hereinfließens ausländischer Kapitalkredite oder einer inländischen inflationistischen Kreditschöpfung absieht.

Zunahme des Bruttowertes der Anlageinvestitionen im Vergleich zur Zunahme des Bruttosozialproduktes
2. Vj. 1950 bis 3. Vj. 1951



Das Sozialprodukt in der Bundesrepublik hat sich seit der Währungsreform stark aufwärts entwickelt, und es ist vorauszusehen, daß diese Aufwärtsentwicklung nach Einbeziehung der heute noch brachliegenden technischen Reserven und der Arbeitskraftreserven weiterhin anhalten wird.

Veränderungen der Investitionsgüterproduktion¹⁾ im Vergleich zur gesamten Industriegütererzeugung
2. Vj. 1950 bis 3. Vj. 1951



¹⁾ Metallfertigerwaren und Maschinen

Die Mehrzahl der westeuropäischen Staaten hat den Übergang zur Rüstungsproduktion mit einem Konsumverzicht eingeleitet. Teils geschah dies durch Erhöhung der Steuerlast, teils durch offene oder zeitweilig zurückgestaute Inflation, wofür Großbritannien und Frankreich als Beispiele genannt werden können. In Großbritannien machten sich die Rüstungsansprüche zu einem Zeitpunkt geltend, zu dem ihre Produktionskapazität bereits voll ausgenutzt und die Arbeitskraftreserven erschöpft waren.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in den USA selbst, wo die Rüstungsproduktion ohne wesentliche

Neuinvestitionen anlaufen konnte, weil genügend bei Kriegsende brachgelegte Produktionskapazitäten in den Wirtschaftsprozess wieder einbezogen werden konnten. Daneben schluckte die anlaufende Rüstung die vorhandenen Arbeitskraftreserven auf. Einkommen und Lebenshaltung stiegen von neuem an. Die Ausdehnung der Produktion ließ das Steueraufkommen bis zur Höhe des zur Finanzierung der Rüstungsanstrengungen erforderlichen Mehraufwandes anschwellen, so daß eine zusätzliche Belastung des Budgets zunächst nicht eintrat. Darüber hinaus hatte der angewachsene Rohstoffbezug der USA. einen Preisauftrieb in den rohstoffliefernden Ländern entstehen lassen, der auch dort die Kaufkraft anwachsen ließ und Absatzchancen eröffnete, die größtenteils den nichtamerikanischen Industriestaaten zugute kamen.

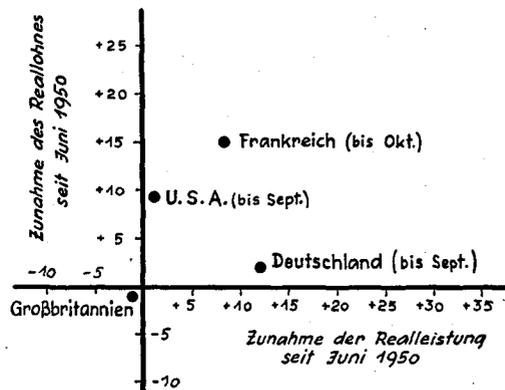
Da die Rüstungspolitik die Investitionsgütererzeugung auch weiterhin begünstigen wird, ist die Annahme berechtigt, daß mit einer allmählichen Erschwerung der Befriedigung des Konsumbedarfs gerechnet werden muß, wobei die langlebigen Konsumgüter (Wohnungen, Kraftfahrzeuge, Möbel, Haushaltsmaschinen und dgl.) stärker als die kurzlebigen (Schuhe, Textilien und dgl.) betroffen werden, weil nämlich die zu ihrer Herstellung verwandten Ausgangsmaterialien und Produktionsmittel auch in der Rüstungsindustrie benötigt werden. Die Bundesrepublik wird im Interesse der Erhaltung des inneren Friedens dafür Sorge tragen müssen, daß die Aufrüstung keinen forcierten Charakter annimmt, sondern graduell erfolgt und daß ihr Anteil bei der Festsetzung des gesamten Rüstungsaufwandes der westlichen Welt in ein solches Verhältnis zum Sozialprodukt gebracht wird, daß den durch unsere geographische Lage zwischen Osten und Westen gegebenen Voraussetzungen, der Sonderstellung Berlins, die Aufwendungen besonderer Art notwendig werden läßt, und der großen sozialen Belastung durch die Flüchtlingsbevölkerung Rechnung getragen ist.

Preis- und Lohnentwicklung

Für die Beurteilung der Entwicklung des Sozialprodukts bilden seine absolute Höhe und seine Verteilung nicht die einzigen Kriterien; vielmehr sind beide stets auch mit der Preis- und Lohnbewegung im Zusammenhang zu sehen. Seit der Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Währungsreform sind in der Bundesrepublik die Lohnerhöhungen nicht nur auf Kosten der Unternehmerrgewinne bzw. Verbraucherpreise durchgeführt worden, sondern mit den Lohnerhöhungen ist parallel auch eine erhebliche Steigerung des Produktivitätsgrades der Arbeitskräfte einhergegangen. Von der Währungsreform bis zum Ausbruch des Koreakonflikts ist in der Bundesrepublik der Index der Industriepreise zurückgegangen, während gleichzeitig der Index der Stundenlöhne anstieg. Von Mitte 1950 bis Mitte 1951 sind sowohl die Industriepreise als auch die Stundenlöhne in etwa gleichem Maße gestiegen. Mit anderen Worten ausgedrückt heißt das, daß die Industrie die Lohnerhöhungen aus ihren Gewinnen bestreiten konnte und

darüber hinaus ihr noch die Möglichkeit zu umfangreichen Investitionen für Betriebserweiterungen und -verbesserungen verblieben ist.

Veränderungen des Reallohnes¹⁾ im Vergleich zur Realleistung²⁾ seit Juni 1950



¹⁾ Lohnindex durch Lebenshaltungskostenindex

²⁾ Industrieproduktionsindex durch Beschäftigungsindex

Durch diese Produktivitätssteigerungen sind die Lohnerhöhungen für die Industrie überhaupt erst tragbar geworden. Wenn trotz teilweise erheblicher Lohnsteigerungen der Beschäftigungsgrad der westdeutschen Industrie sich von Jahr zu Jahr gebessert hat, so ist dies ein Zeichen dafür, daß die Lohnforderungen wirtschaftlich tragbar gewesen sind. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätten die Lohnerhöhungen zu größeren Preissteigerungen der Fertigerzeugnisse führen müssen, als es tatsächlich der Fall war, andererseits aber auch zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquoten und womöglich sogar zu Betriebsstilllegungen in größerem Umfang.

Die Rüstungskonjunktur setzt in den Industrieländern der westlichen Welt in einem der Vollbeschäftigung nahekommenden Zustand ein, wo für die Produktionszunahme enge Grenzen gesetzt sind, während sie in der Bundesrepublik und in gewissem Umfang auch in Italien noch mit Reserven rechnen und daher wirksamer erfolgen kann. Während vor der Kriegsrüstungsperiode im Jahre 1938 der Prozentsatz der Erwerbslosen in den USA. nahezu 20% gegenüber nur etwas mehr als 5% Mitte 1950, in Großbritannien fast 10% gegenüber nur 1½% betrug, liegen diese Verhältniszahlen in der Bundesrepublik bei ½% im Jahre 1938 gegenüber 5,3% im April 1951; in Italien bei 4,2% gegenüber 7,9% von heute. Daher geht das Tempo der industriellen Produktionssteigerung z. B. in Großbritannien und den USA. zusehends zurück. In den USA. betrug sie im Vergleich zu 1950 nur noch 1—2%, für die Marshallplanländer wird sie für das Jahr 1952 in einer neuen OEEC.-Untersuchung nurmehr auf 5% gegenüber 14% im Vorjahr veranschlagt.

Die Überwindung der wirtschaftlichen Engpässe

Die in der Bundesrepublik verhältnismäßig großen Auftriebskräfte werden jedoch gehemmt durch das strukturelle Hindernis der Engpässe auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie und des Wohnungsmarktes.

Dieses Hindernis läßt die günstigen Voraussetzungen, über die die Bundesrepublik durch ihre unausgenutzten Reserven an technischer Produktionskapazität und Arbeitskraft verfügt, nicht voll zur Entfaltung kommen. Daher wird das Tempo der weiteren Entwicklung von der Geschwindigkeit abhängen, mit der diese Engpässe durch Produktions- oder Einfuhrsteigerung überwunden werden können.

An erster Stelle stehen die Schwierigkeiten in der Kohleversorgung, die durch den stark gewachsenen Industrieverbrauch und durch die Exportauflage der Internationalen Ruhrbehörde zu einer akuten Krise geführt haben, die sich erst im Herbst 1951 durch eine kräftige Steigerung der Kohlenförderung und zusätzliche, wenngleich unwirtschaftliche Kohleneinfuhren aus den USA. und durch Heranziehung der Erträge von Kleinzechen und Stollenbetrieben etwas verminderte. Es besteht kein Zweifel, daß nach Auswirkung des langfristigen Investitionsprogramms im Bergbau der Inlandbedarf und der Bedarf für die Exportauflagen sichergestellt werden können. Ähnliches gilt auch für die Eisenwirtschaft, wo die Investitionstätigkeit ebenfalls erheblich hinter dem Bedarf zurückgeblieben ist und wo auch, wenn zwar etwas langsamer, eine ausreichende Versorgung absehbar ist.

Auf der Seite des langlebigen Konsumbedarfes bildet der Bedarf an Wohnraum für die Bevölkerung ein vordringliches Problem. Die Nachfrage nach Wohnraum ist jedoch für die Entwicklung der Baukonjunktur nicht allein entscheidend, vielmehr steht er mit anderen Bedürfnissen im Wettbewerb. Die Erfahrung lehrt, daß die Bautätigkeit zur Investitionstätigkeit in einem festen Verhältnis steht, und zwar weist der Anteil der Bauwirtschaft im Rahmen der Gesamtinvestitionen eine große Gleichförmigkeit auf; er lag in der Vorkriegszeit bei etwa 60%. Ein ähnlich stabiles Verhältnis weist auch der auf den Wohnbau entfallende Anteil an den gesamten Bauinvestitionen auf, der sich auf ein Viertel bis ein Drittel stellt.

Finanzielle Stabilität

Jede Rüstung trägt die Gefahr in sich, daß die Zunahme des Sozialprodukts mit der durch die Rüstungsaufgaben bewirkten Aufblähung der Nachfrage nicht Schritt zu halten vermag und daß hierdurch ein Preisauftrieb eintritt. Deshalb ist in allen westeuropäischen Staaten die Sorge um die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität zum Kardinalproblem der Finanz- und Wirtschaftspolitik geworden. Gelingt diese nicht und wird den inflationistischen Kräften freier Lauf gelassen, so liegt die Gefahr nahe, daß der jetzt vorhandene Abwehrwille durch die dann unvermeidlichen Spannungen erlahmen und sich ins Gegenteil wenden wird.

Die Finanz- und Kreditpolitik der Staaten ist in ihren Bemühungen um die Neutralisierung der inflationistischen Kräfte in dem Maß erfolgreich, als es ihr gelingt, die Aufwärtsbewegung der Preise zu verhindern und damit den Geldwert stabil zu erhalten. Dazu bedarf es der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts

zwischen Bedarf und Angebot, wofür die verschiedensten Mittel zur Verfügung stehen, von denen bald zum einen, bald zum anderen, bald zur Kombination von mehreren Mitteln gegriffen wird. Es sind zu nennen: Erhöhung der Steuerlast, Senkung des Staatsbudgets für den zivilen Bedarf, Förderung der Sparsamkeit, Terminverschiebung der weniger dringlichen Investitionen, Erschwerung der Bedingungen für verbrauchsfördernde Kredite u. a. m. Großbritannien und Frankreich ist bisher die Stabilerhaltung des inneren Geldwertes nicht, der Schweiz dagegen am vollkommensten gelungen. Die USA. haben die Inflation durch Ausdehnung der Erzeugung und Verringerung der Rohstofflager für die zivile Produktion vermieden; Belgien und Westdeutschland haben die inflatorischen Kräfte durch eine zielsichere und tatkräftige Zurückhaltung ihres Kreditapparates gegenüber der Kreditexpansion in Schach halten können.

Die Finanzminister aller westeuropäischen Staaten stehen vor der Frage, mit welchen Mitteln sie die über die aus dem Steueraufkommen verfügbaren Beträge hinaus entstehenden finanziellen Verpflichtungen für die Rüstung erfüllen können, um zu den Summen zu gelangen, die von amerikanischer Seite für notwendig befunden werden. Die Möglichkeiten liegen bei allen beteiligten Staaten, sofern sie nicht noch Spielraum für Steuererhöhungen haben, in erster Linie in der Produktions- und Produktivitätssteigerung ihrer Wirtschaft, für die, wie oben gezeigt wurde, die Entwicklungsaussichten unterschiedlich zu beurteilen sind.

In jedem Fall ist es die Aufgabe der Kredit- und Finanzpolitik, die legitimen Bedürfnisse einer wachsenden Wirtschaft nicht zu überschreiten. Die Kreditpolitik der Zentral- und Geschäftsbanken der Bundesrepublik wird also auch in Zukunft ihre bisherige Taktik der Vorsicht und der Zurückhaltung beibehalten müssen, wenn sie verhindern will, daß auf dem Wege der Kreditgewährung eine Nachfrage entsteht, die über die Produktionsmöglichkeiten hinausreicht. Für eine im Zeichen der Rüstungskonjunktur eintretende wirtschaftliche Expansion ist deflatorische Kreditpolitik das notwendige Gegengewicht.

Wesentlich für die Beurteilung der Methoden zur Bekämpfung inflationistischer Kräfte ist die Einsicht, daß, wenn die nationalen Bemühungen von dauerndem Erfolg sein sollen, hierzu auch die Bereitwilligkeit zu internationalem Zusammenwirken gehört. Die internationale Mitwirkung gegen die Inflation wird in der Richtung erfolgen müssen, die der neue OEEC.-Bericht andeutet:

1. Durch Rohstoffverteilung nach Gesichtspunkten der Aufrechterhaltung höchstmöglicher Preisstabilität;
2. durch Förderung der Preissenkung mittels Erhöhung des internationalen Wettbewerbs, der nur im Wege eines weiteren Ausbaues des intereuropäischen Warenaustausches hergestellt werden kann;
3. durch Rücksichtnahme bei der Wahl der Maßnahmen auf die Wirkung, die sie auf die übrigen europäischen Staaten und den intereuropäischen Außenhandel ausüben.